Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

GEDENKDIENST

Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst

Dezember 2006 EUR 0,75

Rabensteig 3/18, A-1010 Wien fon/fax +43 1 581 04 90 office@gedenkdienst.at DVR 0003506

No 3/2006

Inhalt

Stefan Sturm: **Gute Heimreise!** *2*

Herwig Czech:
Eine Inventur des Volkskörpers *3*

Harald Edinger: **Outreach-Program am US Holocaust Memorial Museum** *4*

Roman Kaiser-Mühlecker:
Der Lateinamerikanische Kongress für Holocaust-Education *5*

Oliver Kühschelm:
Portrait von Gregor Ribarov *6*

Florian Weninger:
Gedenkdienst und das Politische in der Erinnerungsarbeit *7*

Weltmeisterliche Politinszenierung anno 2006. Foto: Michael Schulze

Anpfiff für Deportationsweltmeister. Eine Nachlese zum Ausländer(wahl)kampf

Juni 2006. Während Deutschland die Welt zu sich lädt, erfolgt in Österreich der plakative Anpfiff für einen der widerwärtigsten Wahlkämpfe der zweiten Republik. Der kleine Regierungspartner, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), hat soeben mit Mühe einen Spitzenkandidaten gefunden. Dessen erklärtes Wahlprogramm: „Lust auf Heimat“ und die Ausladung von 300.000 Ausländern aus Österreich. Diese Ausweisung könne ja mit Pkws, Bussen, Zügen und sonstigen Transportmöglichkeiten erfolgen, so Parteichef Westenthaler in einem Interview.

Damit wurde nur konsequent weitergedacht, was die FPÖ - und damit auch das BZÖ - seit geraumer Zeit zum Programm erhoben hat: Weniger Ausländer, weniger Ausländer und noch weniger Ausländer. Das „Branding“ von Schwarzafrikanern in Wien als Drogendealer und die in NLP-Wortkaskaden schier endlos wiederholte Formel „Asylant = illegaler Migrant = Verbrecher“ hatten sich zuletzt im Wiener Wahlkampf zu einem Programm verdichtet, das primär aus dem Abwehrkampf gegen den Islam und die (im Übrigen laizistische) Türkei bestand.

Mit der Forderung der Ausweisung von 30% der in Österreich lebenden „Ausländer“ wurde im Wettbewerb der beiden xenophoben und hetzerischen Parteien erneut die Latte höher gelegt. Den Deportationswünschen des BZÖ hat die FPÖ - laut Eigendefinition „die soziale Heimatpartei“ eine postmoderne Variante des nationalen Sozialismus hinzugefügt. „Daham statt Islam“ wurde ergänzt durch „sichere Pensionen statt Asyl-Millionen“ und schließlich „Sozialstaat statt Zuwanderung“. „Der Patriot“ H.C. Strache erweitert damit die gängigen FPÖ-Milchmädchenrechnungen (300.000 Arbeitslose vs. 300.000 Zuwanderer) um eine neue Dimension, die nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch das Sozialsystem durch Zuwanderung bedroht sieht.

Aber auch die - zumindest programmatisch – christlich-soziale Partei beteiligt sich mit herausragenden Leistungen am Anti-Ausländer-Wettbewerb. Berichte des Innenministeriums über gesenkte Einwanderungszahlen und Asylanträge werden in regelmäßigen Abständen seitens der profisportlich erfahrenen Innenministerin und des fußballbegeisterten Kanzlers wie Pokale präsentiert. 30% weniger Asylwerber, 40% weniger Einbürgerungen, 60% weniger Zuwanderung insgesamt, so präsentiert der Kanzler in einem Interview die Erfolgsbilanz. 45% der in Österreich lebenden Moslems seien integrationsunwillig, sekundiert die Innenministerin und diffamiert damit pauschal die AnhängerInnen einer Religionsgemeinschaft. Es kümmert sie nicht weiters, dass die zitierte Zahl in der von Ihr genannten Studie so gar nicht aufscheint. Der treue Partner in Ausländerfragen, H.C. Strache, lässt sich trotzdem nicht davon abhalten die Aussage der Innenministerin großflächig in Wien zu plakatieren - sportlicher Ehrgeiz gehört belohnt.

Diese denkwürdige Allianz zeigt sich auch sehr deutlich in der Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Hier werden nicht etwa Haltungsnoten vergeben, wie es andere Länder tun, wo im öffentlichen Diskurs die Frage eines Beitritts mit pro- und kontra- Argumenten abgewogen wird. Auch ohne Argumente ist die Entscheidung klar: Nein. Da die Österreicher zwar nicht Welt-, aber immerhin Europameister in der Ablehnung der Türkei sind, darf auch die sozialdemokratische Partei im Verbund nicht fehlen. Warum die Ablehnungsfront in Österreich besonders ausgeprägt ist, wird wohl auch noch in den kommenden Jahren StudienautorInnen beschäftigen.

Ein Blick nach Spanien

In den behandelten Fragen drängt sich ein Vergleich mit Spanien auf, das viele Charakteristika mit Österreich teilt, dessen Lösungsansätze aber im völligen Gegensatz zur symbolischen Politik eines Abwehrkampfs stehen. Das ebenfalls tief katholische und durch eine Diktatur geprägte Land sieht die Abwehr der Mauren durch die Reconquista als integralen Teil seiner Identität. Die Abgrenzung zum „Anderen“ nimmt daher wesentlich mehr Raum im Nationalgefüge ein als die schon im Kindesalter mittels „Hadschi-Bradschis Luftballon“ vermittelte Türkenbedrohung hierzulande. Auch in Spanien herrschte nach dem mit dem Tod Francos 1975 eingetretenen Ende der Diktatur ein „Nachdiktaturkonsens“.

Dieser Konsens nach der Diktatur wurde erst mit der Abwahl der Regierung Aznar aufgebrochen. Besonders deutlich ist der neue Wille zur Auseinandersetzung mit dem Franco-Regime an der Öffnung von Massengräbern aus der Zeit des Bürgerkriegs und der Flut von historischen Publikationen abzulesen. Neben verschiedenen gesellschaftspolitischen Reformen, die man hierzulande vermisst, werden auch in der „Ausländerfrage“ deutlich andere Wege beschritten. Wie schon unter früheren Regierungen in kleinerem Umfang geschehen, wurden durch eine Legalisierungskampagne von illegalen MigrantInnen die Einbürgerungen enorm ausgeweitet. Neue Studien ergeben, dass Spaniens überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu einem großen Teil auf eben diese Politik zurückzuführen ist, dass es die „Ausländer“ sind, welche die Wirtschaft der iberischen Halbinsel erblühen lassen.

Zurück zum Heldenplatz

So fern so gut. Im mit seiner Geschichte ambivalent umgehenden Österreich kann ein sich jährlich wiederholendes Ritual an einem der geschichtsträchtigsten Orte als ein Hinweis auf die FPÖ- und damit auch BZÖ-spezifische Ausprägung der Behandlung der „Ausländerfrage“ dienen: Am 8. Mai, dem Tag der

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Abschließung gegen die Fremden als eine Leitlinie von Politik und Mobilisierung rassistischer Ressentiments, um von sozialer Ungleichheit und ihren Ursachen abzulenken, sind nur zwei Symptome einer Aushöhlung von Demokratie, die eben entweder sozial ist oder ein formales Procedere, das den Namen nicht verdient. Dass das NS-Regime und die Shoa in beachtlicher Breite zu Themen von offizieller Politik und Medien erhoben wurden, steht dazu nur scheinbar in Widerspruch. Die Verwertungslogiken von Unterhaltungsindustrie und Regierungspolitik konvergieren in Inszenierungen, die durch wohlfeiles Schaudern über vergangene Gräuel kostengünstig ein ruhiges Gewissen schaffen.

Mehrere Beiträge der vorliegenden Ausgabe von GEDENKDIENST greifen dieses Spannungsfeld auf. Johannes Högl und Stephan Sturm setzen sich mit der Instrumentalisierung von Xenophobie und Rassismus zum Wahlkampfzweck auseinander. Florian Wenninger fordert eine Repolitisierung des Erinnerns und formuliert damit zugleich eine Perspektive für die Arbeit des Vereins Gedenkdienst.

Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung präsentiert Herwig Czech. Er befasst sich mit dem Bemühen des NS-Regimes um eine Inventur des Volkskörpers als Voraussetzung für dessen Modellierung nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten. Das Projekt besaß ein enormes Radikalisierungspotential. Auch hier kann nicht gelten: vorbei und vergessen, denn biopolitische Optimierungsverfahren sind konstitutiver Teil der Moderne und somit auch unserer Gegenwart.

Zwei Artikel stammen aus der Feder von derzeitigen Gedenkdienstleistenden. Sie spiegeln ihre Arbeit und Beobachtungen. Harald Edinger informiert über ein Projekt am USHMM, für das er das Netzwerk der Gedenkdienstleistenden nützt. Roman Kaiser-Mühlecker berichtet über Holocaust-Education in Lateinamerika und besonders Argentinien. Ein Porträt von Gregor Ribarov, bis vor kurzem Obmann des Vereins, rundet die Ausgabe ab.

Oliver Kühschelm
Redakteur GEDENKDIENST

Gute Heimreise! Fremdenfeindlichkeit im Berliner Wahlkampf

Wahlplakat der NPD, 2006

Von Wien mit seinen riesigen „Daham statt Islam“-Plakaten kommend, erscheint einem die Präsenz von Fremdendenfeindlichkeit und Rassismus im letzten Berliner Wahlkampf als gering. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus, dem Berliner Stadtparlament, und den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2006 war von anderen Themen dominiert. Vor allem die katastrophale Finanzlage der Stadt und der massive Sozialabbau durch den regierenden „rot-roten“ Senat aus SPD und Linkspartei.PDS spielten neben einem Wohlfühlwahlkampf der regierenden Parteien eine zentrale Rolle; von der CDU wurde auch auf das Thema Sicherheit gesetzt. Auf den ersten Blick scheint die Integration von „Bürgern mit Migrationshintergrund“, wie der Terminus technicus in Berlin lautet, in der Politik kein größeres Problem zu sein. Gerade in den stark migrantisch geprägten Bezirken Kreuzberg und Neukölln blicken von den Plakaten quer durch die Parteien viele KandidatInnen, unter deren Porträts türkische oder arabische Namen zu lesen stehen. Doch auf den zweiten Blick erkennt man auch im Berliner Wahlkampf eine gehörige Portion Rassismus.

Auch wenn sich der Berliner Senat darin gefällt, die Hauptstadt mit dem Slogan „arm, aber sexy“ als weltoffenes Zentrum zu präsentieren und meint, linke Politik für eine multikulturelle Stadt zu machen, so sieht die Realität doch anders aus: Vom Abschiebeknast in Berlin-Grünau werden „illegale Immigranten“, die oft schon Jahre, teilweise Jahrzehnte in Berlin gelebt haben, zu den Flughäfen transportiert, um sie in ihre angeblichen „Heimatländer“ abzuschieben. Während des Libanonkriegs im August verkündete Innensenator Körting (SPD), dass Berlin keine Flüchtlinge aus dem Libanon aufnehmen werde, da man sich nicht „potenzielle Terroristen ins Land holen werde“. Und der Bezirksbürgermeister des migrantischen Stadtteils Neukölln Buschkovsky (ebenfalls SPD) fantasierte von „Parallelwelten“, in denen die AusländerInnen leben würden und zu keinen Deutschen Kontakt hätten. Vor einigen Jahren schon hatte er in einem Interview mit der rechtsextremen „Jungen Freiheit“ proklamiert: „Multikulti ist gescheitert“.

NPD und DVU

Im Wahlkampf wurden rassistische Töne vornehmlich am rechten Ende des politischen Spektrums geschwungen, an dem die rechtsextremen Republikaner und die faschistische NPD angesiedelt sind. Die beiden Parteien trafen Absprachen, so dass in jedem Wahlbezirk nur eine der beiden Parteien kandidierte. Der Wahlkampf der Republikaner war mit einer noch zu besprechenden Ausnahme eher bieder wie ihre Plakate (wo man allerdings auch „Unser Volk zuerst!“ lesen konnte). Die NPD hingegen betrieb einen aggressiven Plakatwahlkampf, mit dem sie vor allem den Osten Berlins überzog: „Gute Heimreise!“ wurde einer schwer bepackten Gruppe von mit Hijab gekleideten Muslima gewünscht und „Arbeit, Familie, Heimat“ (angelehnt an den Wahlspruch Vichy-Frankreichs) propagiert. Doch auch für die NPD spielte Rassismus nicht die erste Geige. Gegenüber der herrschenden Sozialabbaupolitik setzte sie auf einen „völkischen Antikapitalismus“. Die rhetorische Frage „Räuber wohnen im Wald?“ glänzte vor einem Bild des Berliner Rathauses. Mit dieser Stoßrichtung gelang es der NPD im Osten Berlins 4% der Stimmen zu erringen und in vier Bezirksparlamente einzuziehen; die Republikaner wurden in eines gewählt – im Bezirk Pankow, wo sie eine Kampagne gegen einen Moscheebau führten.

Moscheebau in Pankow

Die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde, die in Berlin etwa 200 über die Stadt verstreute Mitglieder zählt, suchte schon seit längerem nach einem Grundstück, um eine Moschee zu errichten. Fündig wurde sie in Heinersdorf, einem Teil des Ostberliner Bezirks Pankow, wo sie ein verfallenes Industriegrundstück kaufte. Nachdem die Pläne der Ahmadis bekannt wurden, entstand eine breite rassistische Protestbewegung, die auf der in Deutschland zunehmenden Islamophobie aufbaute. Unter dem Motto „Moschee? Nee!“ sammelte sich eine bunte Mischung von der örtlichen CDU, dem evangelischen Pfarrer über die Republikaner bis hin zur NPD und Neonazis und gründete die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ (IPAHB). Berührungsängste gab es keine. So nahm ein CDU-Bezirkspolitiker an einer NPD-Demo gegen die Moschee teil. In einer Bürgerversammlung im März sollte der Dialog gesucht werden, doch da der Andrang das Fassungsvermögen des Saals überstieg, wurde die Veranstaltung abgebrochen. Die anwesenden Ahmadias wurden rassistisch beschimpft und mussten, begleitet von Parolen wie „Das Volk sind wir!“ und „Haut ab! Haut ab!“, unter Polizeischutz den Saal verlassen. In der Folge kam es zu etlichen rassistischen Demonstrationen. Die Linke Mehrheit im Bezirksparlament war nicht bereit, dem „Volkszorn“ nachzugeben, beteiligte sich aber auch nicht an den antirassistischen Kundgebungen. Eine Bezirkspolitikerin der Republikaner verkündete: „Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul!“. Auf dem Rücken der rassistischen Mobilisierungen wurde die rechtsextreme Partei ins Bezirksparlament gewählt.

Die FDP und die JüdInnen

Für besondere Brisanz sorgte der Fall des FDP-Mitglieds Udo Hagemann, durch den die vehementen antisemitischen und rassistischen Positionen in der FDP des Bezirks Reinickendorf ans Licht kamen. Hagemann, erst seit kurzem in der Partei, sollte das Wahlkampfmaterial gestalten. Als jedoch seine „Parteifreunde“ aus dem Bezirksvorstand im Lauf der Arbeit erfuhren, dass er Jude war – seine Mutter hatte die NS-Zeit im Berliner Untergrund überlebt –, beschimpften sie ihn teilweise als „Judenarsch“, großteils begannen sie ihn völlig zu ignorieren. FDP-Mitglieder weigerten sich seine Wohnung, das „Judenhaus“, zu betreten, soziale Isolation sollte ihn zum Austritt aus der Partei bewegen.

In Folge der Publikation des Falls wurde bekannt, dass sich die FDP Reinickendorf auch geweigert hatte, in der Türkei geborene Deutsche als Mitglieder aufzunehmen. „In den letzten Jahren [fand] kein einziger Ausländer Aufnahme. Aufnahmewillige Ausländer wurden vertröstet und später ohne Begründung abgewiesen. Selbst schriftliche Beschwerden beim FDP-Landesverband konnten die Vorstandsmitglieder nicht umstimmen“, berichtet das Online-Magazin hagalil.

Übergriffe

Doch Fremdenfeindlichkeit bleibt in Berlin nicht bei Worten stehen. Auch in der Zeit des Wahlkampfs kam es zu zahlreichen gewalttätigen Übergriffen, sowohl gegen Linke wie gegen vermeintliche „AusländerInnen“. So wurde ein Infotisch des „Bündnisses gegen Rechts“ an einer U-Bahn-Station von Nazis angegriffen und eine Informationsveranstaltung der Jusos (Jugendorganisation der SPD) über die rechtsextreme Szene wurde gestürmt. Die Veranstaltung musste abgebrochen werden.

Übergriffe gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe gehören in Berlin schon fast zur Tagesordnung. Viele werden gar nicht öffentlich bekannt, man erfährt von ihnen nur aus dem Freundeskreis, über Bekannte oder von den Betroffenen selbst. Trotzdem muss man oft genug Mitteilungen wie die folgende in den Medien lesen: “Eine Fülle rechter Übergriffe ereigneten sich am Wochenende in Berlin: Am Samstag bedrohten vier Männer am Alexanderplatz einen 32jährigen Kameruner mit einer abgebrochenen Bierflasche. Zudem riefen sie rassistische Parolen und bespuckten ihr Opfer. Bereits einige Tage zuvor war ein Kameruner im Prenzlauer Berg angegriffen worden. […]“ Auch die migrantischen WahlkämpferInnen wurden von der Gewalt nicht verschont. So wurde der L.PDS-Abgeordnete Giyasettin Sayan so heftig zusammen geschlagen, dass er mit einer schweren Gehirnerschütterung und Prellungen für einige Tage ins Krankenhaus musste.

Stephan Sturm,
Mathematiker, Marxist und Koch lebt in Berlin. Er leistete 1998/99 Gedenkdienst an der Fondation Auschwitz / Auschwitz Stichting in Brüssel.

Fortsetzung von Seite 1

Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus, findet am Heldenplatz alljährlich mit öffentlicher Genehmigung und unter Polizeischutz ein Aufmarsch schlagender Burschenschaften und revisionistischer Gruppen mit flankierender Beteiligung von Neonazis statt. Bei dieser „Trauerfeier“ fungiert H.C. Strache üblicherweise als Redner. Im Anschluss ziehen Berichten gemäß zuweilen Horden durch die Stadt, die lautstark Parolen skandieren, die im Sinne des Verbotsgesetzes geahndet werden müssten. Wer ein System betrauert, das die Verfolgung und Vernichtung von Minderheitengruppen betrieb, handelt nur konsequent, wenn er Ausländer zu Menschen zweiter Klasse stempelt, ihnen Sozialleistungen entziehen will und ihnen in hetzerischer Weise generell verbrecherische Machenschaften unterstellt, um ihre massenhafte Deportation als Lösung anpreisen zu können.

Es sind auch meist diese Proponenten einer rückwärtsgewandten Ideologie, die nach einer Anpassung an „die Österreichische Kultur“ rufen. Ein sehr schwammiger Begriff, der auf einer Verwechslung des Konzepts von Gemeinschaft mit jenem der Gesellschaft beruht. Die Teilhabe an einer Gesellschaft ist funktionell möglich und nach klaren Kriterien geregelt. Gemeinschaft impliziert hingegen Exklusivität, persönliche Bindung oder ein von ihren Angehörigen geteiltes Glaubenssystem. Die Beschwörung einer imaginären Gemeinschaft der Österreicher grenzt automatisch alle aus, die nicht diffusen und damit unerfüllbaren Kriterien entsprechen.

Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts die TschechInnen für den Wiener Bürgermeister Lueger waren, sind heute die „Ausländer“ und TürkInnen für Westhentaler („Hojac“) und Strache. Letzterer wurde einmal von Journalisten gefragt, wer denn ein „echter Österreicher“ sei. Die Antwort lautete: jeder, der seit drei Generationen in Österreich lebe. So gesehen wären die in Österreich lebenden „Türken“ die „echten Österreicher“ von morgen. Allerdings dient Straches Behauptung vor allem dem Zweck, nicht den aktuellen Beitrag von MigrantInnen zur österreichischen Gesellschaft in Rechnung stellen zu müssen.

MigrantInnen in Österreich wird dieser Logik zufolge die Möglichkeit entzogen, an unserer Gesellschaft als „Österreicher“ teilzuhaben. Zudem wird durch die hohen Kosten einer Einbürgerung in vielen Fällen auch deren Kindern und Kindeskindern die Staatsbürgerschaft verwehrt. Straches Perspektive mag extrem sein, doch sie spiegelt bedauerlicherweise die Realität des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts wider. Dieses basiert auf dem ius sanguinis, dem Recht des Bluts. Im Unterschied zum ius soli genügt nicht die Geburt auf dem Gebiet der Republik Österreich, um ÖsterreicherIn zu sein, sondern nur die Abkunft von österreichischen Eltern hat die Staatsbürgerschaft zur Folge. Kinder von AusländerInnen bleiben AusländerInnen. Der österreichische Rechtsstaat ist noch nicht in der Realität eines Zuwanderungsstaats im 21. Jahrhundert angelangt - auch dies erleichtert es rechtsextremen Parteien heimischen Wahlkämpfen ihren Stempel aufzudrücken.

Der längerfristig beste Weg um „die Ausländer“ „los zu werden“ ist sicherlich, den Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft zu erleichtern und damit eine Integration in unsere Gesellschaft als vollwertige/r BürgerIn erst zu ermöglichen. Bedauerlicherweise finden lange Zeitläufe und zukunftsträchtige Szenarios in sportlichen Wettbewerben („speed kills“) keine Beachtung. Es geht eben um den Titel des erfolgreichsten Abwehrkämpfers gegen die Ausländer.

Johannes Högl,
Gedenkdienst am Simon Wiesenthal Center - Museum of Tolerance in Los Angeles 1996/1997

Eine Inventur des Volkskörpers

Die „erbbiologische Bestandsaufnahme“ des Wiener Gesundheitsamtes*

Die „erbbiologische Bestandsaufnahme“ stellte eine der grundlegenden Voraussetzungen für die praktische Durchführung der nationalsozialistischen Rassenhygiene dar. In akribischer Erfassungstätigkeit trugen die Gesundheitsämter alle verfügbaren gesundheitlich und sozial relevanten Informationen über die Bevölkerung zusammen und registrierten sie in einer zentralen Kartei, um den „Erbwert“ jeder einzelnen Person jederzeit feststellen und Maßnahmen im Gesundheits- und Sozialwesen daran ausrichten zu können. Alleine in Wien kamen auf diese Weise mehr als 700.000 Karteikarten zusammen, womit sich die Wiener Gesundheitsbeamten rühmen konnten, über eine der größten Erbkarteien des Dritten Reichs zu verfügen.

Ein wesentliches Element der nationalsozialistischen Biopolitik bestand somit in der Konstituierung eines Archivs, das die bürokratischen Spuren vergangener Normabweichungen registrierte, kumulierte, zuordnete und in Zeichen der erbbiologischen „Minderwertigkeit“ übersetzte. Dieser vorelektronische Erfassungsapparat arbeitete mit erstaunlicher Effizienz, denn er band das gesamte biopolitische System (Wohlfahrt, Gesundheitswesen, Schulwesen) in die Produktion jenes Wissens ein, das in der Zentralkartei seinen konzentrierten Niederschlag finden sollte. Neben existierenden Archiven, die systematisch ausgewertet wurden, spielten vor allem medizinische Reihenuntersuchungen eine Rolle, die ständig große Zahlen von Menschen erfassten. Darüber hinaus trug jeder Vorgang im weit verzweigten System des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Ergänzung der Kartei bei, die eine vollständige Inventarisierung der einzelnen Glieder der „Volksgemeinschaft“ anstrebte, ihrer Schwächen und ihres „Erbwertes“. Vielfältige Untersuchungstechniken rangen den individuellen Körpern Zeichen ihres Wertes oder Minderwertes ab, registrierten sie in dem ausgreifenden System der Gesundheitsbürokratie und trugen so zur Konstruktion der Kategorie „erbbiologisch minderwertig“ bei. Die Sippenkartei organisierte die Informationen entlang von Verwandtschaftslinien, wodurch die biologistischen Grundannahmen der NS-Rassenhygiene in die Struktur der Kartei eingeschrieben waren. Diese wurden zu ihrem inhärenten Prinzip, das zunehmend unabhängig vom Zutun der diversen ZuträgerInnen seine stigmatisierende Wirksamkeit entfaltete.

Die Durchführung in Wien

Die Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ des Wiener Hauptgesundheitsamtes nahm im Februar 1939 unter der Leitung des SS-Arztes Dr. Arend Lang die Arbeit an der „erbbiologischen Bestandsaufnahme“ auf. Zahlreiche Institutionen kamen als Quellen in Betracht: Heil- und Pflegeanstalten, Trinkerheilstätten, Blinden- und Taubstummenanstalten, Krüppelheime, Hilfsschulen, Erziehungsanstalten, Arbeitshäuser, Zuchthäuser, Fürsorgeheime, karitative Verbände und Kliniken. Darüber hinaus wollte Lang Entmündigungsakten, „Akten der Wohlfahrtsämter über Asoziale“ und Meldeunterlagen über Häftlinge auswerten.

Die Liste der ausgewerteten Aktenbestände zeigt deutlich, wer in erster Linie ins Visier der NS-Erbfahnder geriet. Durch die systematische Verarbeitung der Aufzeichnungen von Gesundheits-, Wohlfahrts- und Polizeibehörden waren gerade jene Personen besonders gefährdet, die bereits vor 1938 als gesellschaftliche Außenseiter stigmatisiert waren: „Polizei Sanitäts-Department (ca. 60.000 Geisteskranke und Psychopathen), Trinkerkataster (40.000), Prostituiertenkataster (ca. 60.000), Zentral-Kinderübernahmsstelle (40.000 vorwiegend schwer erziehbare und psychopathische Kinder aus asozialen Familien), Steinhof (120.000 Einzelfälle), I. und II. Hautklinik (8.000 Gonorrhoetiker und Luetiker), Hilfsschulen und Sonderschulen (etwa 12.000 Einzelfälle) – Alle Schüler, die jemals in Wien eine Hilfs- oder Sonderschule besucht haben, sind erfaßt und zwar zum Teil zurückreichend bis zum Jahre 1804 –, Polizei-Passamt (Juden und andere Fremdrassige und Mischlinge ca. 3.000), Gauleitung der NSDAP (Juden und Juden-Mischlinge ca. 3.000)“.

In den folgenden Monaten trieb das Gesundheitsamt die Erweiterung der Kartei durch Erschließung immer neuer Unterlagen und durch die Einarbeitung der laufenden Untersuchungsergebnisse der Bezirksgesundheitsämter und Fürsorgestellen rasch voran. Hier sind zum Beispiel die Untersuchungen im Rahmen der Vergabe von Ehestandsdarlehen zu nennen, denen sich 1938 allein in der Ostmark fast 22.000 Paare unterzogen. In einem Dokument vom März 1941, also rund zwei Jahre nach Beginn der Arbeit, ist bereits von 500.000 Karten in der Zentralkartei am Schottenring die Rede. Im März 1944 erreichte die Erfassungstätigkeit mit 767.000 den höchsten dokumentierten Stand.

In einem Brief an Heinrich Himmler strich Reichsärzteführer Leonardo Conti 1942 die Erfolge der „erbbiologischen Bestandsaufnahme“ im Deutschen Reich heraus: Die Gesundheitsämter hätten bereits zehn Millionen erbbiologischer Karteikarten angelegt, in denen „schon heute ein großer Teil der negativen und belastenden Dinge über jeden Deutschen“ niedergelegt sei. Der Reichsgau Wien mit rund 770.000 registrierten Personen lag bei der Durchführung der „erbbiologischen Bestandsaufnahme“ zwar mit an der Spitze, die erreichte hohe Erfassungsdichte der Bevölkerung im Deutschen Reich stellte aber durchaus keine Ausnahme dar. Eine Besonderheit ist jedenfalls darin zu sehen, dass dieser enorme Arbeitsaufwand innerhalb weniger Jahre (zu zwei Dritteln zwischen 1939 und 1941) bewältigt wurde – ein deutliches Zeichen für die hohe Priorität des Projekts in den Augen der Wiener Gesundheitspolitiker.

Die Bedeutung dieser globalen Zahlen wird jedoch erst anhand einer qualitativen Analyse der „Erbgesundheitspolitik“ sichtbar. Die medizinische Registrierungswut stellte schließlich keinen Selbstzweck dar, sondern fand in einem breiten Spektrum konkreter Maßnahmen gegen die Betroffenen ihren Niederschlag. Dieses reichte von der Diskriminierung bei der Vergabe von Sozialleistungen (Fürsorgeunterstützung, Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen etc.) über Eheverbote, Einleitung eines Sterilisationsverfahrens, Einweisung von „Asozialen“ in ein Arbeitslager bis hin zu Meldungen an das Gutachtergremium der „Kindereuthanasie“.

Zur quantitativen Dimension der „Erbgesundheitspolitik“ in Wien

Der Diskurs der „Rassenhygiene“ war geeignet, umfassende Definitions- und Interventionsansprüche der erbbiologischen Experten zu legitimieren. Durch die Einbeziehung naturwissenschaftlich nicht fassbarer sozialer Kriterien war potenziell ein großer Teil der Bevölkerung in Gefahr, als „erbbiologisch minderwertig“ definiert und entsprechend verfolgt und diskriminiert zu werden.

Der Leiter des Wiener Gesundheitsamtes Hermann Vellguth äußerte sich 1943 allerdings eher zurückhaltend zur Frage der Zahl der „Erbuntauglichen“ in Wien. Er verwahrte sich ausdrücklich gegen eine ihm zugeschriebene Schätzung von 300.000 Wiener „Asozialen“, die er auf eine Fehlinterpretation der Zahl der in der „Erbkartei“ erfassten Personen zurückführte. Vellguth selbst wollte sich zwar auf keine genaue Zahl festlegen, verwies aber auf eine eigene Studie in Berlin, wo er einen Anteil von 3 bis 4 Prozent „erblich Minderwertiger“ an der Gesamtbevölkerung festgestellt hatte. Die Zahl hielt er zwar für wesentlich zu niedrig, wollte sie aber doch als „größenordnungsmäßigen Anhaltspunkt“ gelten lassen. Gleichzeitig betonte er, dass die in der Wiener „Erbkartei“ erfassten Personen (zu diesem Zeitpunkt bereits annähernd 700.000) „zum weitaus größten Teil Personen minderen erblichen Wertes sind“. Die Schwierigkeit einer genauen Schätzung bestand u. a. darin, dass sich die erfassten Personen nur zum Teil mit der Wohnbevölkerung Wiens deckten – die Kartei enthielt Angaben über Verstorbene und Verzogene ebenso wie über Verwandte von in Wien lebenden Personen, die im Rahmen der „Sippenforschung“ in die Kartei aufgenommen worden waren.

Diese enorme Schwankungsbreite bei den Angaben zur Zahl der „Minderwertigen“ ist kein Zufall. Einerseits ging es den Praktikern der „Rassenhygiene“ darum, sich einen möglichst großen Spielraum für ihre biopolitischen Interventionen zu sichern. Andererseits hing die Durchsetzbarkeit der „Erbgesundheitspolitik“ auch immer davon ab, bestimmte Zielgruppen für konkrete Maßnahmen möglichst genau zu definieren, wobei medizinische Diagnosen – in die regelmäßig soziale Werturteile und rassistische Zuschreibungen einflossen – die Definitionen absicherten. Giorgio Agamben hat darauf hingewiesen, dass die biopolitischen Grenzen, die zwischen *erwünschtem* und *unerwünschtem* Leben gezogen werden, immer beweglich sind. Aus dem Kontinuum des Lebens wird ein *lebensunwerter* Rest herausgeschnitten, dem menschliche Eigenschaften abgesprochen werden. Durch die Vernichtung dieses residuellen Lebens verschiebt sich die Grenze und immer neue Personengruppen verfallen dem biologischen Vernichtungsurteil. Andreas Heinz hat diese Dynamik folgendermaßen beschrieben:

„Die negative Konstitution der Volksgemeinschaft ist also vom ständigen Zerfall bedroht. [...] Da sich die Wertzuschreibung der Volksgenossen aus der Entwertung der Gesellschaftsfeinde ergibt, ist sie auf die Existenz dieser Feinde angewiesen. Deshalb darf die Entlarvung und Bekämpfung der Gesellschaftsfeinde auch gar nicht an ihr Ende kommen. [...] Die Konstruktion der Volksgemeinschaft bedarf der Differenz zu den Minderwertigen. Ihre Ausmerze schafft ein Vakuum, das durch neue Formen minderwertigen Lebens gefüllt werden muss, um die brüchige Identität der Volksgenossen nicht zu gefährden. Je effektiver die Vernichtungsmaschinerie arbeitet, desto größer wird ihr Bedarf.“

Die nationalsozialistische „Erbgesundheitspolitik“ verfügte also über ein erhebliches Radikalisierungspotenzial, das über die tatsächlich realisierten Maßnahmen hinausweist. Das Projekt lässt sich mit folgenden Stichwörtern umreißen: panoptische Transparenz, Zentralisierung, kumulative Stigmatisierung, Individualisierung und Regulierung.

Die erbbiologische Kartei bildete ein biopolitisches Pendant zum Panoptikum der klassischen Disziplinargesellschaft. Das Panoptikum ist eine optische Maschine, die die ihr unterworfenen Individuen voneinander isoliert und gleichzeitig dem Blick einer zentralen Macht aussetzt, die selbst für sie unsichtbar ist. Die Erbkartei hatte einen ähnlichen Effekt: Sie garantierte die permanente Sichtbarkeit der stigmatisierenden Markierungen der Individuen von einem zentralen Ort aus und sicherte durch die Geheimhaltung, der das gesamte Unternehmen unterlag, das für Interventionen nötige Machtgefälle ab: Der Amtsarzt, der einem Klienten/einer Klientin gegenübersaß, hatte sämtliche Spuren, die die Vorfahren in den Archiven hinterlassen hatten, zu seiner Verfügung.

Auf der Seite der Macht führte die Kartei zu einer Konzentration und Zentralisierung des für konkrete rassenhygienische Interventionen relevanten Wissens. In der Folge kam die Abteilung „Erb- und Rassenpflege“ mit einer äußerst geringen Zahl von Ärzten aus. Diese konten sich auf die Ausübung der erbbiologischen Definitionsmacht

Fortsetzung auf Seite 4

*Gekürzte Fassung eines Vortrags vom 18. Oktober 2006 im Wiener Depot im Rahmen der von Gedenkdienst veranstalteten Reihe Ge-Denken. Eine ungekürzte und überarbeitete Fassung wird im Frühjahr in dem Band Eugenik in Österreich. Biopolitische Methoden und Strukturen von 1900-1945 (herausgegeben von Thomas Mayer, Veronika Hofer und Gerhard Baader) bei Czernin erscheinen.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: GEDENKDIENST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel & fax +43 1 581 04 90
BAWAG, BLZ 14 000, Kto. 02010607593
office@gedenkdienst.at
DVR 003506
Obmann: Florian Wenninger
Kassier: Leonhard Meirer
Schriftführer: Stefan Onzek

Grundlegende Richtung laut Mediengesetz:
Die Zeitung GEDENKDIENST ist Informations- und Kommunikationsorgan des Vereins GEDENKDIENST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst
Die Zeitung dient der Erreichung der Ziele des Vereins und erscheint vierteljährlich.

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Herwig Czech, Harald Edinger, Johannes Högl, Roman Kaiser-Mühlecker, Oliver Kühschelm, Stephan Sturm, Florian Wenninger
Redaktion: Oliver Kühschelm
Layout: Harald Mahrer

Impressum:
Verleger/Herausgeber/Hersteller:
GEDENKDIENST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel & fax +43 1 581 04 90
Druck: REMAprint, Wien,
Erscheinungsort: Wien
Auflage: 2000, Preis: € 0,75

Impressum

Fortsetzung von Seite 3

und die Steuerung von Maßnahmen beschränken, deren Ausführung in den Händen des weitverzweigten Apparates der Gesundheitsbehörden lag. Die Notwendigkeit dazu ergab sich wohl nicht zuletzt aus dem Mangel an ärztlichem Personal, der nach der Vertreibung der jüdischen Ärztinnen und Ärzte zu den strukturellen Merkmalen des NS-Gesundheitswesens gehörte und sich durch den Krieg laufend verschärfte. Die einheitliche Durchsetzung einer Politik, die durchaus nicht bei allen Amtsärzten oberste Priorität genoss, dürfte ein weiterer Faktor gewesen sein.

Die Erbbestandsaufnahme beruhte wesentlich auf einem Mechanismus der kumulativen Stigmatisierung, die über den „Sippenzusammenhang" konstruiert wurde. Durch die systematische Auswertung vorhandener Aufzeichnungen aus allen möglichen Bereichen der Wohlfahrt und der Polizei erzeugte die Erbbestandsaufnahme ein wesentliches Element der Kontinuität über den Regime- und Paradigmenwechsel 1938 hinweg. Die bürokratischen Niederschläge aus Jahrzehnten der polizeilichen und fürsorgerischen Kontrollarbeit wurde auf diese Weise in die Dienste der Erb- und Rassenpflege gestellt. Indem vergangene Markierungen aktualisiert und neu eingeschrieben wurden, entfaltete die Stigmatisierung ihre Wirkung über mehrere Generationen hinweg.

Paradoxerweise führt die auf das „Volksganze" orientierte Erbgesundheitspolitik zu einem Regime der Individualisierung. An der Erbbestandsaufnahme tritt diese Tendenz deutlich zu Tage. Hier wird eine „Wahrheit" über jedes Individuum produziert, indem verschiedenste Mechanismen der medizinischen Stigmatisierung (Diagnose) koordiniert und zusammengefasst werden. Vereinzelte Individuen standen einer Bürokratie gegenüber, die über die Definitionsmacht bezüglich ihres „Wertes" für den organisch und ganzheitlich gedachten „Volkskörper" verfügte und ihnen einen genau definierten Ort in der rassistisch und eugenisch definierten Werthierarchie zuschrieb. Das Ziel war eine Individualisierung von (positiven und negativen) Maßnahmen und eine Effizienzsteigerung im Sinne des rassenhygienischen Paradigmas. Es galt die Bevölkerung transparent zu machen und der biopolitischen Intervention am Volkskörper konkrete Angriffspunkte zu schaffen. Die Erbkartei wurde so zum bürokratischen Bindeglied zwischen individuell-physischem und gesellschaftlich-symbolischem Körper.

Die Dichotomie von Förderung/Ausmerze allein wird der komplexen Praxis der „Erb- und Rassenpflege" nicht gerecht. Tatsächlich ging es um eine permanente Modulierung und Regulierung von Interventionen, die auf ein breites Spektrum von Verhaltensweisen – nicht nur die Fortpflanzung betreffend – zielten. In dieser Hinsicht weist die Erbbestandsaufnahme durchaus in die Gegenwart biopolitischer Regulierungsmechanismen (Stichwort: „liberale Eugenik"), auch wenn die Vorzeichen, unter denen diese stattfinden, radikal andere sind.

Herwig Czech,
Historiker

Literaturhinweise

CZECH, Herwig: Erfassung, Selektion und „Ausmerze". Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik" 1938 bis 1945. Wien 2003

HEINZ, Andreas: Psychopathen und Volksgenossen. Zur Konstruktion von Rasse und Gesellschaftsfeinden, in: KOPKE, Christoph (Hg.): Medizin und Verbrechen. Ulm 2001, S. 22-43

ROTH, Karl Heinz: „Erbbiologische Bestandsaufnahme". Ein Aspekt „ausmerzender" Erfassung vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: ROTH, Karl Heinz (Hg.): Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe". Berlin 1984, S. 57-100

SELIGER, Maren: Die Verfolgung normabweichenden Verhaltens im NS-System. Am Beispiel der Politik gegenüber „Asozialen" in Wien, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1991, S. 409-429

„Outreach-Program" am US Holocaust Memorial Museum

Gedenkdienstleistende helfen bei der Suche nach Holocaustüberlebenden

Das United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. versucht durch eine Datenbank Informationen zu den Überlebenden des Holocausts zu sammeln. Die Abteilung der „Registry of Holocaust Survivors" möchte damit Angehörigen von vermissten Personen und Überlebenden selbst die Möglichkeit bieten, Verwandte und Bekannte wiederzufinden.

Das Museum würdigt jene Personen jüdischer und nichtjüdischer Abstammung als Überlebende, die zwischen 1933 und 1945 vom NS-Regime und seinen Verbündeten aus rassischen, religiösen, ethnischen bzw. politischen Gründen vertrieben, verfolgt, gefangen genommen wurden oder unter anderen Formen der Diskriminierung zu leiden hatten. Unter den Überlebenden befinden sich neben ehemaligen Häftlingen der Konzentrations- und Vernichtungslager, Ghettos und Gefängnisse auch diejenigen Personen, die dem Nationalsozialismus frühzeitig entkommen sind oder sich vor ihm verstecken konnten. Holocaustüberlebende können auch posthum in das Verzeichnis aufgenommen werden.

Die Aufnahme in die Datenbank dient sowohl dem Gedenken an die Opfer als auch der geschichtlichen Aufarbeitung und bietet BesucherInnen des Museums die Möglichkeit, sich über individuelle Schicksale zu informieren. Das Namensverzeichnis ist eine wichtige Quelle für Historiker und Ahnenforscher. „Die Datenbank ist eine der umfangreichsten Namenslisten zu Holocaustüberlebenden auf der Welt, sie enthält bisher Informationen zu über 195.000 Überlebenden und ihren Familien und hat schon zehntausenden Menschen dabei geholfen, die Schicksale der eigenen Familienmitglieder zu erforschen", beschreibt Jaime Monllor, Projektleiter der Survivors Registry, den Erfolg dieser Initiative.

Selbstverständlich werden nicht alle in der Datenbank enthaltenen Informationen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Adresse oder Telefonnummer werden weder publiziert noch an Dritte weitergegeben. Besucher können dennoch Nachforschungen betreiben – ein Teil des Ausstellungsbereichs im USHMM ist der Survivors Registry gewidmet. In diesem Teil des Museums, dem s.g. „Wexner Learning Center" kann man elektronische Namensrecherchen betreiben oder auch nach bestimmten Orten suchen (wenn man beispielsweise den Heimatort eines Überlebenden kennt). Man erfährt, in welchen Lagern die betreffende Person inhaftiert war oder in welche Länder sie flüchtete. Jede der von der Datenbank verzeichneten Geschichten ist auf ihre Art bemerkenswert und beeindruckend. Für die BesucherInnen macht das die die Vergangenheit besser greifbar.

Viele holocaustbezogene Institutionen verfügen über eigene, kleinere Datenbanken zu Überlebenden. Eine Vernetzung – die zweifellos sachdienlich wäre – ist aber nicht möglich, da Informationen dieser Art aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht weitergegeben werden dürfen. Das US Holocaust Memorial Museum kann also nicht auf die von anderen Initiativen erhobenen Daten zurückgreifen, sondern alle Informationen, die ihren Weg in die Survivors Registry finden, müssen von den Überlebenden oder ihren Angehörigen selbst stammen.

Auf der Suche nach neuen Registrierungen empfiehlt es sich daher den direkten Kontakt mit den Holocaustüberlebenden zu suchen. Deshalb habe ich in Zusammenarbeit mit der Registry of Holocaust Survivors ein neues „Outreach-Program" gestartet. Primäres Ziel dieses Projekts ist es mithilfe meiner Gedenkdienst-KollegInnen Kontakt zu Überlebenden herzustellen, die noch nicht registriert sind.

Inzwischen ist das „Outreach-Program" des Jahrgangs 2006/2007 auch schon angelaufen und es haben sich bereits drei gute Kooperationen entwickelt. Johann Kirchknopf, der seinen Gedenkdienst am London Jewish Cultural Centre leistet, hat sofort seine Hilfe angeboten. Die Registrierungsformulare der Survivors Registry habe ich bereits nach London gesendet und er wird sie in den nächsten Tagen an die 66 Überlebenden in der Umgebung Londons weiterleiten, die sich auf der Adressenliste des LJCC befinden. Eine ebenso erfreuliche Zusammenarbeit gibt es mit dem Gedenkdienstleistenden an der Fundación Memoria del Holocausto in Buenos Aires, Roman Kaiser-Mühlecker. Die Fundación steht in Kontakt mit über 160 österreichischen EmigrantInnen in Argentinien und wir werden in den nächsten Wochen auch diese Personen kontaktieren. Meine Kollegen Thomas und Emil Rennert am Leo Baeck Institute in New York City werden mich ebenfalls unterstützen, da sie mit Überlebenden und österreichischen AuswanderInnen in regelmäßigem Kontakt stehen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir diese Zusammenarbeit in den nächsten Monaten weiter ausbauen können.

Projektleiter Jaime Monllor weiß das gut funktionierende Gedenkdienst-Netzwerk sehr zu schätzen und betont den Stellenwert internationaler Zusammenarbeit für die Arbeit der Survivors Registry: „Das Museum stützt sich bereits auf verschiedene Partnerschaften weltweit, die uns helfen weitere Überlebende zu erreichen. Im Moment stehen wir in Kooperation mit Organisationen in Argentinien, Deutschland, Italien, Österreich und Uruguay, die uns bei unserem Projekt unterstützen."

Auch meine Tätigkeit für das „Center for Advanced Holocaust Studies" bringt mich ständig mit Überlebenden in Kontakt und meine Vorgänger in Washington konnten viele Freundschaften mit österreichischen EmigrantInnen in den USA schließen. So versuche ich auch diese Damen und Herren bei der Registrierung zu unterstützen oder leite ihre Kontaktinformationen an die Registry of Holocaust Survivors weiter.

Für alle Interessenten bietet die Internetsite www.ushmm.org/registry weiterführende Informationen, zudem stehen Registrierungsformulare in 17 Sprachen zum Download bereit.

Die Arbeit der Registry of Holocaust Survivors erachte ich als sehr bedeutsam und freue mich, dass ich durch meine Mitarbeit in dieser Abteilung mein Tätigkeitsfeld am USHMM um einen äußerst spannenden Teilbereich erweitern konnte. Auch weil viele Holocaustüberlebende mittlerweile in hohem Alter sind und die Chance ergriffen werden muss, ihre bemerkenswerten Geschichten und Schicksale für die Zukunft festzuhalten.

Harald Edinger
Gedenkdienstleistender am USHMM in Washington, D.C.

Der Lateinamerikanische Kongress für Holocaust-Education

Von 25. bis 27. Oktober fand in Buenos Aires ein von der Fundación Memoria del Holocausto (FMH) organisierter und von der AMIA (Asociación Mutual Israelita Argentina) mitgetragener Kongress statt, der sich dem Status quo und den Perspektiven der Holocaust-Education in Lateinamerika widmete. Eingeladen waren mehr als 250 ForscherInnen, ProfessorInnen und DozentInnen aus aller Welt, um über soziale, politische und kulturelle Aspekte der Holocaust-Education zu diskutieren. Ort der Veranstaltung war das Museo del Holocausto, das stiftungseigene Gebäude der FMH.

Als Ziele des Kongresses wurden unter anderem formuliert:

- Konzeptuelle und pädagogische Werkzeuge für Holocaust-Education zur Verfügung zu stellen.
- Engagement für ein multikulturelles Zusammenleben fernab von Xenophobie und Rassismus zu stimulieren.
- Das Kommunikationsnetz zwischen den einzelnen (nicht nur lateinamerikanischen) Institutionen dichter zu spinnen.

Dem Kongress war ein Jahr intensiver Vorbereitung eines eigens dafür eingerichteten Komitees vorangegangen. Langfristiges Ziel ist es gemäß der Presseaussendung zum Kongress, eine offene Plattform für Holocaust-Education in Lateinamerika zu installieren.

Tatsächlich spielt das Holocaustmuseum in Buenos Aires im regionalen Kontext eine herausragende Rolle. Es ist nicht nur das größte, sondern auch das bei weitem aktivste Museum seiner Art. Hinter ähnlichen Projekten in anderen Ländern Südamerikas stehen in den wenigsten Fällen gefestigte Institutionen. Es mangelt an der nötigen Infrastruktur und an verlässlichen Einnahmequellen, um konstant und nachhaltig Unternehmungen realisieren zu können.

Die Shoa – primär ein Thema für Juden?

Ein weiteres Problem der Holocaust-Education in Lateinamerika ist, dass so gut wie alle Projekte, die sich mit der Shoa beschäftigen, von der jüdischen Community selbst initiiert werden und sich die Zahl der interessierten Personen ohne jüdischen Hintergrund oft in Grenzen hält. Die FMH versteht sich zwar auch als ein Zentrum für Holocaustüberlebende, versucht aber durch eine verstärkte Ausrichtung auf nicht-jüdisches Publikum eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Man treibt den Ausbau der Bibliothek voran und hat gleichzeitig eine Mediathek angelegt. Die Säle des Museums werden verstärkt für Vorträge und Präsentationen genutzt, jeden Donnerstag werden Filme gezeigt, die sich mit der Thematik befassen. Generell versucht man in allen Aktivitäten einen Bezug zu aktuellen antisemitischen, rassisistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen herzustellen. Trotz allem, die Mehrheit der argentinischen Bevölkerung sieht den Holocaust als rein europäische Angelegenheit. Man ist weit weg von den Schauplätzen der Shoa, und es fällt schon schwer genug die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Viele Verbrecher der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 sind nach wie vor auf freiem Fuß. Mitte September ist ein Kronzeuge der Prozesse gegen die damaligen Machthaber auf mysteriöse Weise verschwunden. Wenn man so weit von der Lösung seiner eigenen geschichtlichen Konflikte entfernt ist, warum sollte man sich dann ausgerechnet mit der Vernichtung des jüdischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs beschäftigen? Das Wissen um die Beziehung Argentiniens zu NS-Deutschland sowie um die Asylpolitik des peronistischen Regimes nach Kriegsende (Stichwort „Eichmann“) ist durchaus vorhanden, aber man versucht keine Verbindungen zwischen diesen Tatsachen und antisemitischen und profaschistischen Strömungen in der damaligen argentinischen Gesellschaft herzustellen. Antisemitismus ist auch heute nichts Unbekanntes in Argentinien. Immer wieder werden Meldungen über offensichtliche Akte der Diskriminierung gegenüber Juden und Jüdinnen bekannt gegeben Jüdische Einrichtungen erhalten Drohbriefe, und Hakenkreuze an Hausmauern sind keine Seltenheit. Die Gründe für die Aversionen sind die altbekannten: Juden hätten zu viel Einfluss in der Gesellschaft (sagen immerhin 25% der Argentinier)[1], wären zu reich, würden als Kriegstreiber agieren, etc.

Die AMIA verzeichnet in ihrem derzeitigen Antisemitismusbericht einen Anstieg von 174 gemeldeten antisemitischen Delikten im Jahr 2004 auf 373 im Jahr 2005. Die Reaktionen der Regierung auf diese Entwicklung sind ambivalent. Zwar treibt sie die lange verschleppte Aufklärung der verheerenden Anschläge auf die Israelische Botschaft (1992) und auf die AMIA (1994) voran, negiert jedoch andererseits den offensichtlichen Antisemitismus in Argentinien. Staatspräsident Nestor Kirchner meinte unlängst, dass die diversen Akte von Judenfeindlichkeit das Werk von Einzelpersonen seien. Die Argentinier seien „Menschen des Friedens und der Liebe, die alle Rassen lieben und verteidigen“[2]. (Das Wort „Rasse“ ist übrigens auch in Argentinien keineswegs politisch korrekt!) Antisemitismus sei ein Verbrechen und man würde alles gegen die Verbreitung dieses Gedankenguts unternehmen. Kurz darauf wurde tatsächlich die pronazistische Partei „Partido Nuevo Triunfo“ eines gewissen Alejandro Carlos Biondini verboten.

In diesem Sinne entschloss sich die Regierung auch dazu, den Kongress für Holocaust-Education symbolisch zu unterstützen. Mit dem Minister für Außenbeziehungen Jorge Taiana und dem Bildungsminister Daniel Filmus waren zwei hochrangige Vertreter der nationalen Regierung bei der Eröffnungsfeier vertreten. Sie ließen verkünden, dass man die (seit Kirchner verplichtende) Einbeziehung des Holocausts in die Lehrpläne der Schulen als einen wesentlichen Punkt in der Politik des Menschenrechtsschutzes ansehe und dass man die Bemühungen des Museo del Holocausto um einen internationalen, wissenschaftlichen Austausch über dieses Thema begrüße.

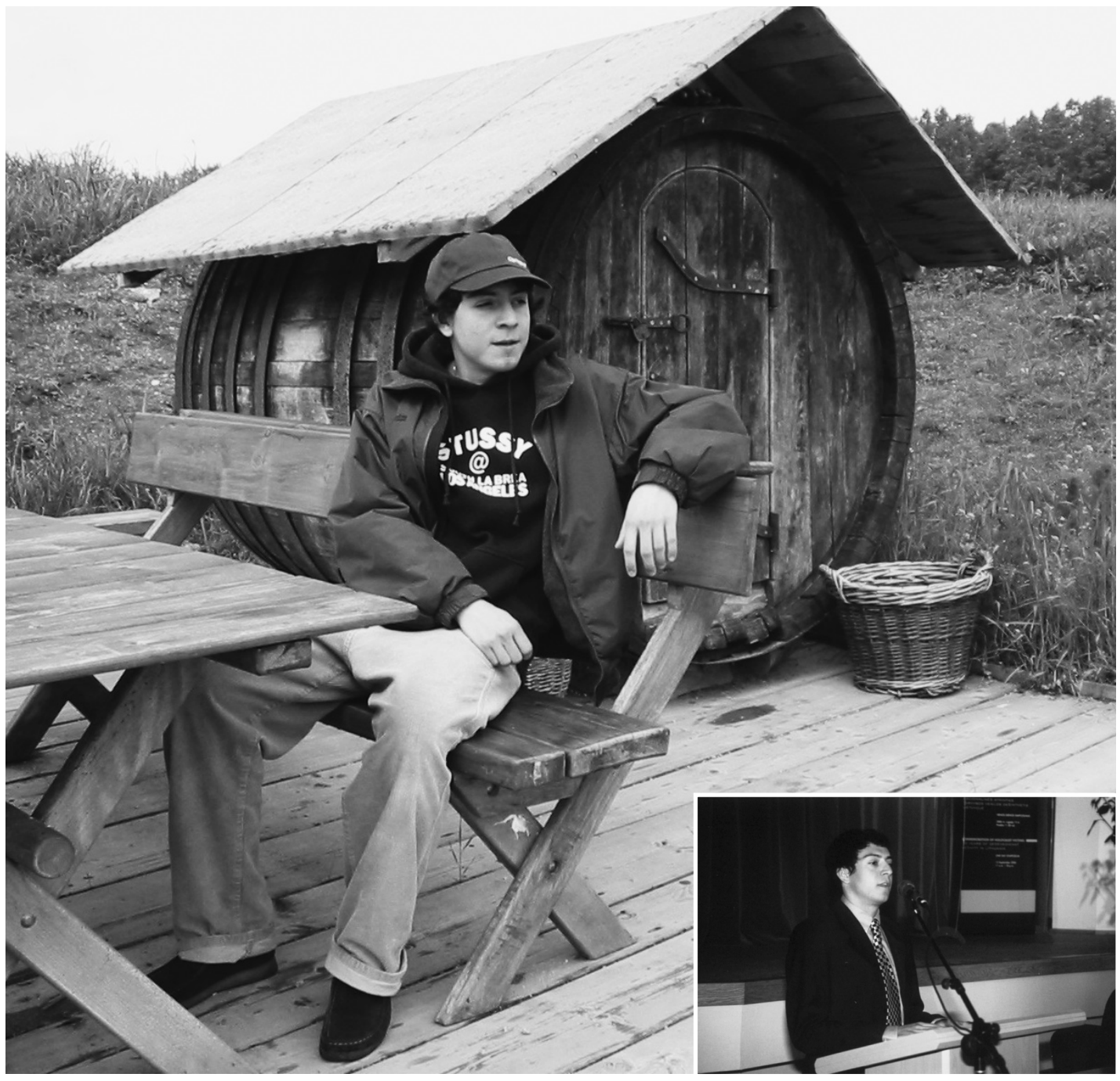
Die ersten Schritte eines langen Weges sind gesetzt, eine Neuauflage des Kongresses im nächsten Jahr ist im Gespräch …

Roman Kaiser-Mühlecker,
derzeit Gedenkdienstleistender an der FMH, Buenos Aires

1 “Los prejuicios que todavía sufre la comunidad judía”, in: Página/12, 22.8.00
2 “El gobierno dice que no hay un rebrote antisemita en Argentina”, in: Clarin, 16.9.06

Anzeige

Gedenkdienst, Skateboard, Jurisprudenz. Ein Porträt von Gregor Ribarov



Gregor Ribarov nach der Vorstandsklausur, Frühjahr 2004 (Großes Bild),
Gregor Ribarov am Gedenkdienst-Symposium in Vilnius, September 2006 (Kleines Bild)

Die Eckdaten: Zweieinhalb Jahre, von März 2004 bis vergangenen Oktober, übte Gregor die Funktion des Obmanns aus, nachdem er gerade ein halbes Jahr zuvor, frisch zurückgekehrt von seinem Gedenkdienst in Berlin, begonnen hatte im Vorstand mitzuarbeiten. Angst davor Verantwortung zu übernehmen kann man ihm also nicht nachsagen.

Für die Gestaltung eines Porträts des verflossenen Obmanns gibt es verschiedene Möglichkeiten. Im Vorstand kursierte zuweilen die Bezeichnung „Nachruf" für den Artikel. Sie suggeriert, dass es um etwas ganz Ernstes zu gehen habe. Daraus würde wohl eine Verpflichtung zur Objektivität folgen, ausgedrückt in der Aufzählung von Großtaten des Obmanns. Ich möchte mir aber einen deutlich subjektiveren Zugang erlauben.

Gregor und ich hatten immerhin einige Zeit Wesentliches gemeinsam: Wir wohnten beide in der niederösterreichischen Provinz, einige hundert Meter Luftlinie voneinander entfernt, er in Baden, ich im kleinen Nachbarort Pfaffstätten. Nach den montagabendlichen Vorstandssitzungen kehrten wir oft gemeinsam in die blaugelbe Heimat zurück. Freilich ist er längst abtrünnig geworden und in die Metropole verzogen. Mit Bodenständigkeit hat er es nicht sonderlich. Definitiv kein „Dekorbadener", wie sie die gehobene Mittelschicht dieser Kleinstadt serienmäßig erzeugt, konnte er in diesem Biotop vermutlich nur schwer Wurzeln schlagen. Ihn zog es bereits als Schüler in die Ferne. Er ging für ein Austauschjahr nach Panama, das er bis zu diesem Zeitpunkt primär dank des Kinderbuchs „Oh, wie schön ist Panama", einem Klassiker seiner Gattung, kannte. Das Bild wurde jedoch rasch differenzierter, gehört er doch zu den aufgeschlossenen Charakteren. Zudem ist er eindeutig ein Kommunikationstalent.

Die Faszination Lateinamerika hatte einiges damit zu tun, dass er sich bei Gedenkdienst für die Fundación Memoria del Holocausto in Buenos Aires bewarb. Als ehemaliger GDler an eben dieser Einsatzstelle war ich Teil der Auswahlkommission, die ihm den Weg nach Buenos Aires versperrte. Der Grund lag auf der Hand: Gregor machte sehr plausibel, dass ihm die Arbeit mit Jugendlichen ein Anliegen war und er dafür Ideen und Engagement mitbrachte. Nur hatte das mit den Tätigkeitsfeldern der GDler an der Fundación wenig zu tun. Eine Zurückweisung einzustecken gehört zu den schwierigsten Dingen, auch wenn sie mit einer Einladung gekoppelt ist – in diesem Fall jene, sich für eine Stelle zu bewerben, wo die Arbeit mit Jugendlichen im Vordergrund steht. Wer an den Auswahlgesprächen bei Gedenkdienst teilgenommen hat, weiß, dass sich bei allem Bemühen um faire und transparente Entscheidungen ein enormer Druck aufbaut, mit dem umzugehen vielen schwer fällt. Gregor nahm die Kritik ohne Spur von Beleidigtheit auf. Seine Reaktion sprach für eine schnelle Auffassungsgabe und die Fähigkeit auch mit Rückschlägen konstruktiv umzugehen. Statt Südamerika wurde es schließlich der deutsche Norden. Im Sommer 2002 begann er seinen Gedenkdienst am Anne Frank Zentrum in Berlin. Hier ging es um den Versuch, Jugendliche über die Biographie eines Opfers, eben Anne Frank, für eine komplexe Thematik zu interessieren und mit Blick auf die Gegenwart für Rassismus und Antisemitismus zu sensibilisieren.

Gregor, damals 21 Jahre alt, verfügte bereits über einige Erfahrung in der Arbeit mit Jugendlichen. Vor und neben Gedenkdienst engagierte er sich bei AFS, kurz für American Field Service, jener Organisation, über die er auch selbst sein Jahr in Panama organisiert hatte. Die Vorbereitung von Jugendlichen auf ihren ersten langen Auslandsaufenthalt war ein Kernelement seiner Mitarbeit bei AFS. Es ist so besehen vielleicht kein Zufall, dass die Umstrukturierung des Vorbereitungsangebots an die zukünftigen Gedenkdienstleistenden zu den markantesten Veränderungen gehört, die wir im Vorstand während seiner Zeit als Obmann in Angriff nahmen. Seit jeher hielt es sich unser Verein zugute, die GDler sorgfältig auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen werden die GDler im Durchschnitt zunehmend jünger, die meisten schließen mittlerweile ihren Gedenkdienst direkt an die Schule an. Die Erfahrungshorizonte von 18-, 19-jährigen sind – nicht in jedem Einzelfall, aber tendenziell – anders als die von Studenten Mitte zwanzig. Wir versuchten mit einem stringenteren Aufbau der Vorbereitung, gestaffelt in drei Seminaren, zu reagieren. Das bisherige Feedback lässt vermuten, dass die Richtung stimmt.

Entwickelt wurden diese Vorstellungen auf einer Klausur im Frühjahr 2004, für die wir uns auf Vorschlag von Gregor in eine kleine Gemeinde im nordwestlichen Waldviertel begaben. Die Fahrt kam uns einigermaßen lang vor, aber in ruhiger Atmosphäre spricht und denkt es sich eben doch am besten. Und das Essen war auch vorzüglich. Jedenfalls geriet die Klausur zur produktivsten Veranstaltung, an der ich als Vorstandsmitglied teilnahm. Andere empfanden es, wenn ich mich nicht täusche, ebenso. Zu Gregors schätzenswerten Eigenschaften zählt, dass er eine gute Hand dafür hat, ein angenehmes Klima und eine positive Stimmung zu schaffen. Wenn Gregor einmal schlecht drauf ist, so bewegt er sich auf einem Freundlichkeitslevel, den der Durchschnittsösterreicher an seinen besten Tagen nicht erreicht. Das erleichterte es einem ungemein, gerne zu den Vorstandssitzungen zu kommen.

Seit Mai 2005 ist Gregor an einem Rechtsinstitut der Wirtschaftsuniversität Wien beschäftigt. Doktoratsstudium, Lehre, wissenschaftliche und organisatorische Mitarbeit an einem Uni-Institut musste er von nun an mit der Tätigkeit als Obmann unter einen Hut bringen. Das stresste, und schließlich entschied er, dass es ihm die Kombination in keinem der beiden Felder erlauben würde, seinen eigenen Anforderungen zu entsprechen. Als nächstes Ziel steuert er an: ein guter Jurist zu werden. Ich vermute, dass er das schon ist. Ein breit gestreutes Interesse an der Welt und die Freude am Umgang mit Menschen scheinen mir jedenfalls gute Voraussetzungen für ein tieferes Verständnis des Wirkens von Recht in Wirtschaft und Gesellschaft.

Was sollte man noch unbedingt über Gregor sagen? Erstens einmal, dass Skateboardfahren zu seinen großen Leidenschaften gehört. Musik ist ebenfalls eine wichtige Dimension seiner Existenz. Er legt im Übrigen gerne und mit treffsicherem Stil bei Veranstaltungen auf, bevorzugt gegenüber CDs das ältere Medium LP. Ein weiteres Detail: Gregor liest gerne Autojournale, nicht primär aus technischem Interesse, sondern in Ausübung einer seit früher Kindheit gepflegten Begeisterung für die Ästhetik von Automobilen. Solche Fragmente einer Persönlichkeit, die sich für den Betrachter nicht bruchlos zusammenfügen lassen, ohne dass sie deshalb zueinander in Widerspruch stehen müssten, indizieren eine Vielschichtigkeit, die für den Betrachteten spricht.

Es steht zu hoffen, dass man Gregor bei Gedenkdienst auch nach Ende seiner Obmannsfunktion weiter zu sehen bekommen wird.

Oliver Kühschelm
Historiker,
ehemals Vorstandsmitglied von Gedenkdienst

Der parteipolitisch unabhängige Gedenkdienst und das Politische in der Erinnerungsarbeit.

Ein Werkstattbericht mit Perspektiven

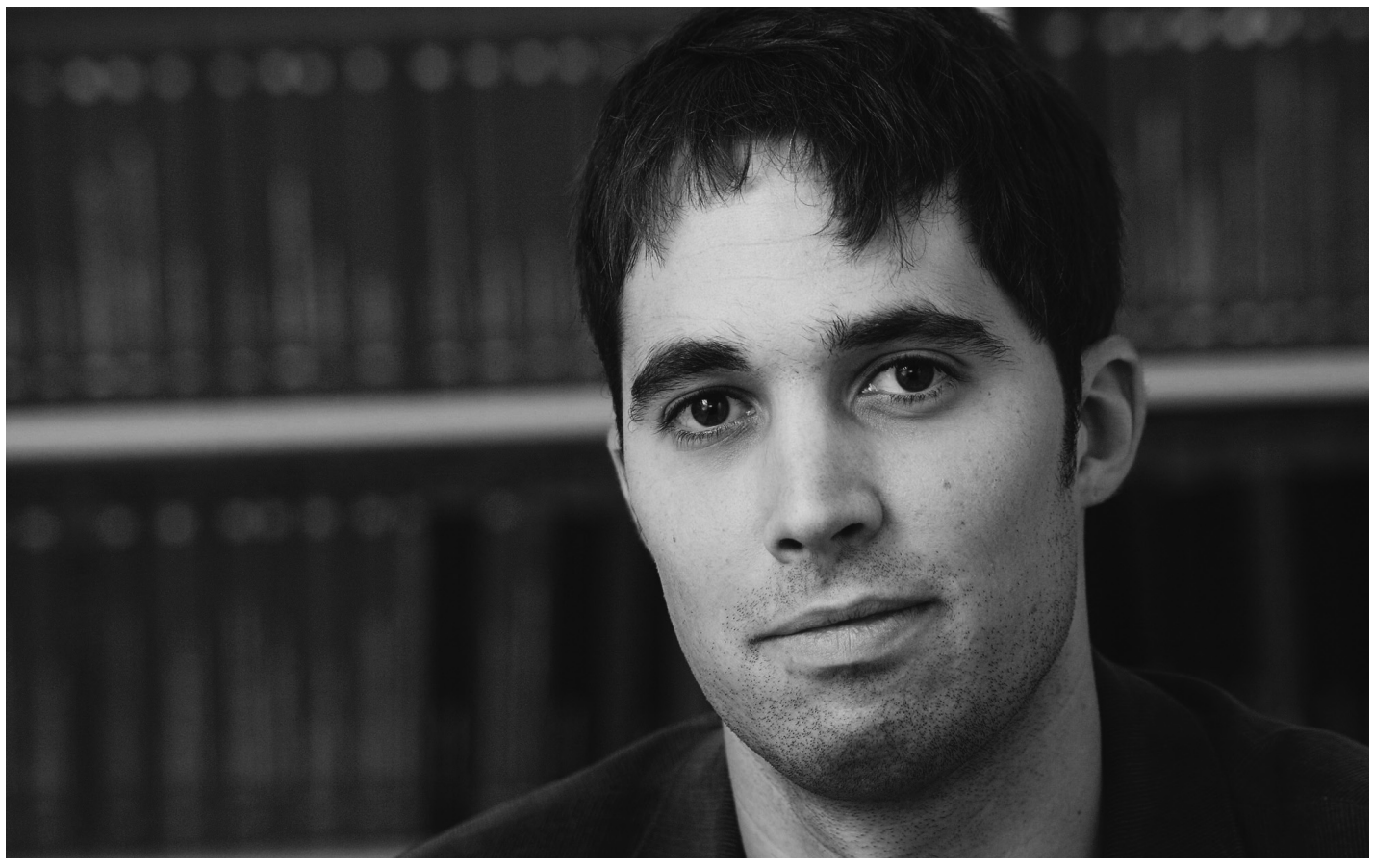
Es ist Jahre her, dass VertreterInnen rechtsextremer Organisationen und Parteien forderten, dass Zivildienstleistende gefälligst im Inland Behinderte pflegen sollen statt „in Jerusalem Moos von Gedenktafeln zu kratzen“. OptimistInnen könnten daraus schließen, selbst die Politzusammenrottung FPBZÖ habe inzwischen einsehen müssen, dass es keine Erfolge bringt, jegliche Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit grundsätzlich in Frage zu stellen. Nähert sich Gedenkdienst dem Ende der Reise? Haben wir unser Ziel erreicht?

Politische Erinnerung?

In einem Verein, der das gesamte politische Spektrum abseits des parlamentarisch organisierten Rechtsextremismus widerspiegelt, ist an eine einzige, allgemein verbindliche Deutung des Faschismus, seiner Ursachen, Handlungsmotive und Dynamiken nicht zu denken. Gleichzeitig begegneten einander bei Gedenkdienst vom Anbeginn der Vereinszeit Menschen, für die bestimmte Dinge außer Streit standen: Die Ablehnung jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus, autoritären und antidemokratischen Tendenzen und eine egalitäre, humanistische Grundhaltung bilden die gemeinsame Basis. Sie ermöglicht Diskussionen, die als befruchtend erlebt werden und zwingen, die eigenen Wahrheiten einer kritischen Überprüfung auszusetzen. Nicht umsonst haben eine ganze Reihe von Menschen im Gedenkdienst einen Politisierungsprozess durchgemacht, der sie in weiterer Folge veranlasste, sich auch nach ihrem Dienst in den verschiedensten Bereichen politisch zu betätigen, von der Flüchtlingshilfe der Caritas über das Engagement in Hochschulpolitik oder Gewerkschaften bis hin zur Arbeit in politischen Parteien. Der Grund ist evident: Schon weil das Wachhalten von Erinnerung als Wert an sich begriffen wurde, zog der Verein von vornherein am ehesten politisch Wache an, die sich und anderen Erinnerung als Basis für kritische Reflexion verordneten.

Wer ein politisches Anliegen vertritt, sollte es begründen können. Diesen Rechtfertigungsdruck erleben Gedenkdienstleistende im Freundes- und Verwandtenkreis oft genug. Sie müssen erklären, weshalb es sich eine Gesellschaft leisten soll, sie als junge Wehrpflichtige dafür abzustellen, mit Holocaustüberlebenden zu arbeiten, Dokumente zu übersetzen oder Jugendgruppen an Orten wie Auschwitz zu begleiten. Im Versuch sich zu erklären dominieren zunächst Allgemeinplätze: „Lehren aus der Geschichte ziehen“. „Nie wieder“. Und schon bald zeigt sich die Erkenntnis der Begrenztheit der eigenen Argumentation: Welche Lehren ziehen eigentlich? Woraus sie ziehen? Begibt man sich auf die Suche nach den heute noch spürbaren Langzeitfolgen des Faschismus, erkennt man rasch, wie bescheiden das eigene historische Wissen war, wie eingeschränkt also auch die Möglichkeit sich der Langzeitfolgen bewusst zu werden. Also noch mal zurück in die Geschichte. Nähert man sich danach wieder der Gegenwart, geschieht es jetzt wesentlich bedächtiger. Inzwischen sind da Fragen nach konkreten Parallelen, nach Herrschaftsverhältnissen und Rechtfertigungen für Vergangenes und Gegenwärtiges.

Mit der gesteigerten Sensibilität sinkt die Bereitschaft, vieles von dem unsäglich Alltäglichen widerspruchslos zu dulden. Ganz selbstverständlich war Gedenkdienst beteiligt an den Protesten gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Diese Partei verkörpert seit jeher



Florian Wenninger, seit Oktober neuer Obmann von Gedenkdienst

fast idealtypisch, was wir – gerade auch als Konsequenz unserer Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit – ablehnen, wogegen wir durch unseren Dienst ein Zeichen setzen wollen.

Polische Erinnerung anno 2000 ff. – einmal anders rum

Nicht wenige von uns wurden deshalb recht wortkarg, als sich ausgerechnet die Koalition aus ÖVP und FPÖ unmittelbar nach ihrer Angelobung anschickte, Lösungen im Fall der ausstehenden ZwangsarbeiterInnenentschädigung und der offenen Restitutionsfragen zu finden. So genüsslich wie stereotyp wiederholten ungezählte Presseaussendungen der Regierung die Botschaft, die SPÖ rede viel und gern von Antifaschismus, habe den Worten jedoch nie Taten folgen lassen. Nun würde hingegen gehandelt. Dem hielten wir anfangs noch der Hinweis entgegen, nicht nur die SPÖ, auch die ÖVP habe in der Vergangenheit auf diesen Gebieten jämmerlich versagt.

Was aber machte das besser? Die Entschädigungszahlungen fielen zwar unhaltbar gering aus und kamen nur noch einem Bruchteil der ZwangsarbeiterInnen von einst zugute. Was änderte das jedoch am Versagen der vorangegangenen roten Bundeskanzler? Die Marketingstrategie der Regierung war offenbar darauf ausgerichtet den rechten Rand nicht übermäßig zu provozieren und suggerierte folglich ein Mitverschulden der Opfer (Stichwort „Versöhnungsfonds“). So degoutant das sein mochte, immer blieb die Frage: Ist es nicht immerhin ein Fortschritt zu früher? Die Restitution hatte wenig mit tatsächlicher Rückgabe geraubten Eigentums zu tun, dafür viel mit politischer Erpressung. Aber war nicht eine lächerliche Restitution besser als gar keine? Hinzu kamen aus öffentlichen Geldern großzügig unterstützte „Zeitgeschichtsprojekte“: „Letters to the Stars“, die Investition von Millionen in die Gedenkstätte Mauthausen (die zwar weniger in die Erhaltung der desolaten historischen Bausubstanz als in die Errichtung eines in mehrerlei Hinsicht problematischen BesucherInnenzentrums gesteckt wurden) oder zuletzt die Historiengroteske „25 Peaces“. Man wollte nicht offen widersprechen, wenn – endlich, endlich – vorgeblich zeitgeschichtliche Projekte nennenswerten Umfangs realisiert wurden. Daher sah man über eklatante Missstände hinweg. Unter vielen anderen hielt sich auch Gedenkdienst mit seiner Kritik vornehm zurück, nachdem wie bei „Letters to the Stars“ zu Tage getreten war, dass es sich nicht um Startschwierigkeiten, sondern um immanente Projektschwächen handelte.

Ein offenherziger Staatssekretär und die Ableitungen

Nicht erst seit dem mittlerweile berühmt-berüchtigten Interview mit dem freiheitlichen Staatssekretär Eduard Mainoni ist klar, dass die Potentiale von gezielter Erinnerungspolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus nicht nur von links, sondern inzwischen eben auch von rechts erkannt und genutzt werden. Wer antisemitische Wahlkämpfe, permanente rassistische Hetze und regelmäßige NS-Verharmlosung betreibt oder bei seinem Koalitionspartner toleriert, hat Imagepflege nötig. Wer wirkliche oder vermeintliche Verdienste in der Erinnerungsarbeit vorzuweisen hat, kann außerdem, so die allgemeine Wahrnehmung, kein allzu schlechter Mensch sein. Das Geheimnis der anzuwendenden Strategie ist also: Je unpolitischer, je entkontextualisierter die Geschichte – vornehmlich des Holocausts –dargestellt und mediengerecht ritualisiert wird, desto leichter lassen sich damit hässliche Flecken auf der eigenen Weste übertünchen. Das aus dem Zusammenhang gerissene Schicksal der Opfer fordert kein konkretes Handeln von den politischen Akteuren der Gegenwart.

Dabei soll gar nicht die Rede sein von den ungustiösen Versuchen, sich symbolisch in die Schar der Opfer einzureihen, statt sich kritisch mit dem Verhalten des „eigenen“ Kollektivs im betreffenden Zeitraum auseinander zu setzen. Es genügt bereits, auf die fürchterlichen Missstände im Asylbereich hinzuweisen (und das sind sie: fürchterlich!), auf die stillschweigende Duldung des systematischen Schürens von Ressentiments, Hass und Angst gegenüber den solcherart definierten „Randgruppen“. Die zelebrierte Erschütterung vieler (keineswegs nur der Mitglieder der erfreulicherweise scheidenden Bundesregierung) ob vergangenen Unrechts entlarvt sich dann rasch als das, was sie ist: als Heuchelei.

Erinnerung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss Anlass geben, sich mit unangenehmen Fragen im hier und heute zu beschäftigen: vom Humanismus- und Demokratiedefizit über die fehlende Gleichberechtigung aller Menschen bis hin zum munteren Fortbestehen autoritärer Strukturen. Gelänge es uns darüber einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, wären wir der eingangs angesprochenen Erfüllung des Vereinszwecks einen guten Schritt näher.

Florian Wenninger,
Obmann Gedenkdienst,
studiert Politikwissenschaft und Geschichte

GEDENKDIENST

Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst

No 3/2006

Dezember 2006

Plakat

GEDENKDIENST ist eine politisch unabhängige Organisation, die Aufklärungsarbeit über den Holocaust, seine Ursachen und Folgen leistet. Besonders die Rolle von ÖsterreicherInnen als „Täter, Opfer und Zuschauer“ kommt dabei zur Sprache.

Damit wollen wir als junge Generation unseren Teil der kollektiven Verantwortung übernehmen indem wir gegen das Vergessen und Verdrängen arbeiten. Mit unserer Arbeit wollen wir bei der Schaffung eines breiteren und tieferen Bewußtseins über den Holocaust mithelfen und die Erinnerung an das Geschehene besonders bei Jugendlichen wachhalten.

Programme

- Studienfahrten zu Gedenkstätten
- Seminare zu Schwerpunktthemen
- Organisation von Vorträgen, Filmvorführungen u.a.m.
- Projektunterricht zum Thema Holocaust

MitarbeiterInnen können diese Arbeit an 19 Holocaustgedenkstätten und Forschungseinrichtungen fortsetzen. Zivildienstpflichtige werden nach einem 14-monatigen Gedenkdiensteinsatz im Ausland nicht mehr zum ordentlichen Zivildienst herangezogen.

Alle bisher erschienen Ausgaben von GEDENKDIENST finden Sie auch im Internet unter der Adresse: http://zeitung.gedenkdienst.at

Mit freundlicher Unterstützung durch:

WIEN KULTUR

Vorbereitung auf einen Gedenkdienst, Jahrgang 2007/08

Auswahlseminar
15.-17.12.2006

1. Vorbereitungsseminar
23.-25.3.2007

2. Vorbereitungsseminar
20.-22.4.2007

3. Vorbereitungsseminar
20.-22.7.2007

Amsterdam
Anne Frank Haus

Auschwitz
Internationale Jugendbegegnungsstätte

Berlin
Anne Frank Zentrum, Aktion Sühnezeichen

Brüssel
Fondation Auschwitz

Budapest
Holocaust-Dokumentationszentrum

Buenos Aires
Fundación Memoria del Holocausto, Hogar Adolfo Hirsch

Jerusalem
Yad Vashem

London
London Jewish Cultural Centre

Kiew
Ukrainian Center for Holocaust Studies

New York
Leo Baeck Institute

Paris
La Maison de la Culture Yiddish / Bibliothèque Medem

Prag
Institut Theresienstädter Initiative

Tel Aviv
Anita Mueller Cohen Elternheim

Terezín
Gedenkstätte Theresienstadt

Vilnius
Jüdisches Museum

Warschau
Jüdisches Historisches Institut

Washington
US Holocaust Memorial Museum

Westerbork
Herinneringscentrum Kamp Westerbork

Salzburg	Oberösterreich	Steiermark/Kärnten	Tirol
salzburg@gedenkdienst.at	oberoesterreich@gedenkdienst.at	steiermark@gedenkdienst.at	tirol@gedenkdienst.at

Regionalgruppen

GEDENKDIENST
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel & fax +43 1 581 04 90
office@gedenkdienst.at
www.gedenkdienst.at

Kontaktadresse